

Resolutionen der Teilpersonalversammlungen der allgemeinbildenden Schulen

Liebe Kolleg*innen,

die Teilpersonalversammlungen der Lehrkräfte, Pädagogischen Unterrichtshilfen und Sozialarbeiter*innen und die der Erzieher*innen und Betreuer*innen haben jeweils einstimmig eine Resolution verabschiedet, die wir an die haushaltspolitischen, finanzpolitischen und bildungspolitischen Sprecher der Fraktionen im Abgeordnetenhaus und in der BVV verschickt haben. Über die Reaktionen werden wir Sie informieren.

*Aus gegebenem Anlass weisen wir noch mal darauf hin, dass der Personalrat gesetzlich verpflichtet ist, jährlich gegenüber allen von ihm vertretenen Beschäftigten im Rahmen einer **Personalversammlung** Bericht zu erstatten. Alle Beschäftigten haben das Recht, daran teilzunehmen. Sie werden dafür von ihrer Arbeit **freigestellt**. Der Personalrat kündigt den Termin der Personalversammlung (in der Regel im Herbst) immer zum Ende eines Schuljahres an, damit der Termin bereits bei der Planung des kommenden Schuljahres berücksichtigt werden kann. An diesen Terminen sollen keine Schulveranstaltungen oder Prüfungen geplant werden, damit alle Beschäftigten ihr Recht auf Teilnahme an der Personalversammlung wahrnehmen können.*

Resolution der Teilpersonalversammlung der Lehrkräfte, Pädagogischen Unterrichtshilfen und Sozialpädagog*innen vom 06.10.2022

Der Verlauf der Personalversammlung zeigt uns viele drängende Probleme auf. Unsere Forderungen von 2021 wurden zum größten Teil NICHT erfüllt. Nicht mal die Forderung nach einer Besetzung der Stelle eines Datenschutzbeauftragten für den Bezirk. Nichtsdestotrotz wollen wir auch in diesem Jahr unserer Stimme erheben und unsere Forderungen formulieren.

1. Durch Bau- und Sanierungsstau hat sich die **akute Raumnot** bei jetzt schon dramatischem Schulplatzmangel auf Grund wachsender Schülerzahlen weiter verschärft. Bereits als Investitionsmaßnahme bestätigte Projekte wurden verschoben in die Zukunft. Wir fordern unverzüglich **Sanierungen und Neubau** voranzutreiben, um dem Bevölkerungswachstum gerecht zu werden. Alle 27 verschobenen Anträge müssen bewilligt und umgesetzt werden. Die Sanierung des Gymnasiums am Europasportpark (03Y17) muss vorrangig behandelt werden. Der Schulbetrieb im jetzigen Gebäude muss zum Schutz der Schüler*innen und Beschäftigten sofort eingestellt und in anderen geeigneten Räumen fortgeführt werden.

2. Wir fordern eine **Reduzierung der Arbeitsbelastung** der Lehrkräfte und Erhöhung der Attraktivität des Berufes z.B. durch einen Stufenplan zur verbindlichen Reduzierung der Klassengröße und Schaffung multiprofessioneller Teams durch zusätzliche Stellen.
3. Wir fordern eine **äquivalente Kompensation** für die Lehrkräfte, die aus verschiedenen Gründen nicht verbeamtet werden können und wollen. Die Zusagen aus dem Koalitionsvertrag müssen eingehalten werden. Für **Pädagogische Unterrichtshilfen (PU)** muss im Laufbahnrecht für Beamte eine Lösung gefunden werden.

Der Wegfall der **Vorweggewährung der Stufe 5** führt bei Quereinsteigenden, die sich auf die Zusage der Senatsverwaltung verlassen haben, zu neuen Ungerechtigkeiten. Die Zusage gegenüber den Quereinsteigenden (bbStud und bbVD) muss eingehalten werden.

Resolution der Teilpersonalversammlung der Erzieher*innen und Betreuer*innen vom 20.10.2022

Der Verlauf der Personalversammlung zeigt uns viele drängende Probleme auf. Unsere Forderungen von 2021 wurden zum größten Teil NICHT erfüllt. Nicht mal die nach einer Besetzung der Stelle eines Datenschutzbeauftragten für den Bezirk. Nichtsdestotrotz wollen wir auch in diesem Jahr unserer Stimme erheben und unsere Forderungen formulieren.

1. Durch Bau- und Sanierungsstau hat sich die **akute Raumnot** bei jetzt schon dramatischem Schulplatzmangel auf Grund wachsender Schülerzahlen weiter verschärft. Bereits als Investitionsmaßnahme bestätigte Projekte wurden verschoben in die Zukunft. Wir fordern unverzüglich **Sanierungen und Neubau** voranzutreiben, um dem Bevölkerungswachstum gerecht zu werden. Alle 27 verschobenen Anträge müssen bewilligt und umgesetzt werden. Wir fordern, dass bei allen Baumaßnahmen der **Raumbedarf** für den Bereich der **ergänzenden Förderung und Betreuung** (eFöB) mitberücksichtigt werden muss.
2. Wir fordern die **Abschaffung des Jahresarbeitsminutenmodells** zur Berechnung der Zumessung von Erzieher*innenstellen in den jeweiligen Schulen, stattdessen Schaffung **multiprofessioneller Teams** durch **zusätzliche** Stellen und die Ausstattung der Schulen mit **ausreichend Personal** für die verschiedenen Förderschwerpunkte, um Inklusion gelingend gestalten zu können.
3. Um die pädagogische Arbeit bis zum Ende der Lebensarbeitszeit erfolgreich leisten zu können, fordern wir **Entlastung** für Erzieher*innen und Betreuer*innen durch eine **Ermäßigung der Arbeitszeit wegen Alters** ähnlich wie bei Lehrkräften und in der kommenden Dienstkräftenmeldung die **Ausweitung der mittelbaren pädagogischen Arbeit** (mpA) mit **9 Stunden** einzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

Ute Klinkmüller
Vorsitzende